

GK ZIVILRECHT PROPÄDEUTISCHE ÜBUNG

Fall 12

28.01.2018





Schadensersatz, § 280 ff. BGB

- I. Schuldverhältnis, § 280 I 1
- II. Pflichtverletzung, § 280 I 1
 - Haupt- oder Nebenleistungspflicht
 - Schutzpflicht, § 241 II
- III. Vertretenmüssen, § 280 I 2
 - Vorsatz oder Fahrlässigkeit, § 276 I
 - Wird vermutet, § 280 I 2
- IV. Art des Schadensersatzes und ggf. zusätzliche Vss.,
§§ 280 II, III, 281, 282, 283, 286
- V. Schaden und Kausalität, § 280 I 1
 - Schaden = unfreiwilliges Vermögensopfer (↔ Aufwendungen)



Arten des Schadensersatzes

Neben der Leistung, § 280 I

- Keine zusätzlichen Voraussetzungen
- Für Schäden, die über das endgültige und zeitabhängige Leistungsinteresse hinausgehen

Wegen Verzögerung, §§ 280 II, 286

- Nur bei Verzug
- Mahnung (§ 286 I) oder Entbehrlichkeit (§ 286 II)
- Vertretenmüssen des Schuldners (§ 286 IV)

Statt der Leistung, §§ 280 III, 281/2/3

- Fristsetzung (§ 281 I) oder Entbehrlichkeit (§ 281 II)
- Unmöglichkeit nach § 275 (§ 283)
- Bei Verletzung einer Schutzpflicht § 282

Leistungsinteresse / Erfüllungsinteresse /
Äquivalenzinteresse / *status ad quem*



Abgrenzung: Arten des Schadensersatzes

Neben der Leistung,
§ 280 I

Ganz banal: alles, was
übrig bleibt

Details der Abgrenzung
sehr umstritten!
Vgl. Musterlösung mwN

Wegen Verzögerung,
§§ 280 II, 286

„Ist der Schaden nur
eingetreten, weil nicht
zum richtigen Zeitpunkt
geleistet wurde?“

Zeitabhängiges

Statt der Leistung,
§§ 280 III, 281/2/3

„Könnte der Schaden
durch (hypothetische)
Nacherfüllung behoben
werden?“

Nicht lediglich
zeitabhängiges

Leistungsinteresse / Erfüllungsinteresse /
Äquivalenzinteresse / *status ad quem*



Schaden i.S.d. § 280

- Definition: unfreiwilliges Vermögensopfer
 - Abgrenzung zu Aufwendungen = freiwillige Vermögensopfer
 - Freiwilligkeit bei Eingehen einer Verbindlichkeit (-), wenn sich Anspruchsteller dazu herausgefordert fühlen durfte
- Berechnung nach **Differenzhypothese**, § 249 I

$$\begin{array}{r} \text{Hypothetische Lage} \\ - \quad \quad \quad \text{Reale Lage} \\ \hline = \quad \quad \quad \text{Schaden} \end{array}$$

Hypothetische Lage: Vermögenslage im jetzigen Zeitpunkt ohne das schädigende Ereignis

Reale Lage: tatsächliche Vermögenslage im jetzigen Zeitpunkt



Unmöglichkeit, § 275

- Definition: dauerhafte Nichterbringbarkeit des Leistungserfolgs
- Unterscheide: objektive / subjektive Unmöglichkeit
 - **Objektive** U~: geschuldeter Leistungserfolg kann von niemandem erbracht werden
 - **Subjektive** U~ = Unvermögen: geschuldeter Leistungserfolg kann zwar nicht vom Schuldner, aber von Dritten erbracht werden
- Sonderregeln zur **anfänglichen** Unmöglichkeit, § 311a
 - Geschuldeter Leistungserfolg schon im Zeitpunkt seiner Begründung (=Vertragsschluss) nicht erbringbar
 - SchErs-Anspruch aus § 311a II 1
 - Verschulden bezieht sich nur auf Kenntnis der Unmöglichkeit, § 311a II 2, nicht auf deren Eintritt
 - i.Ü. Gleichlauf mit nachträglicher Unmöglichkeit

idR (+) bei Kauf
von Gebraucht-
gegenständen

Unmöglichkeit der Leistung aus § 433 I bei Stückschuld und Gattungsschuld

Stückschuld

Bei Untergang der
Kaufsache § 275 (+)

- Pflicht bezieht sich nur und gerade auf einen konkreten Gegenstand
- Wenn Übereignung dieses Gegenstands unmöglich, ist § 433 I-Leistung unmöglich



Gattungsschuld. § 243 I

Erst bei Untergang der
Gattung § 275 (+)

- Pflicht bezieht sich auf ein Exemplar mittlerer Art und Güte, § 243 I
- Unmöglichkeit grds. erst, wenn aus ganzer Gattung kein Gegenstand übereignet werden kann



Konkretisierte Gattungsschuld, § 243 II

Bei Untergang nach
Konkretisierung § 275 (+)

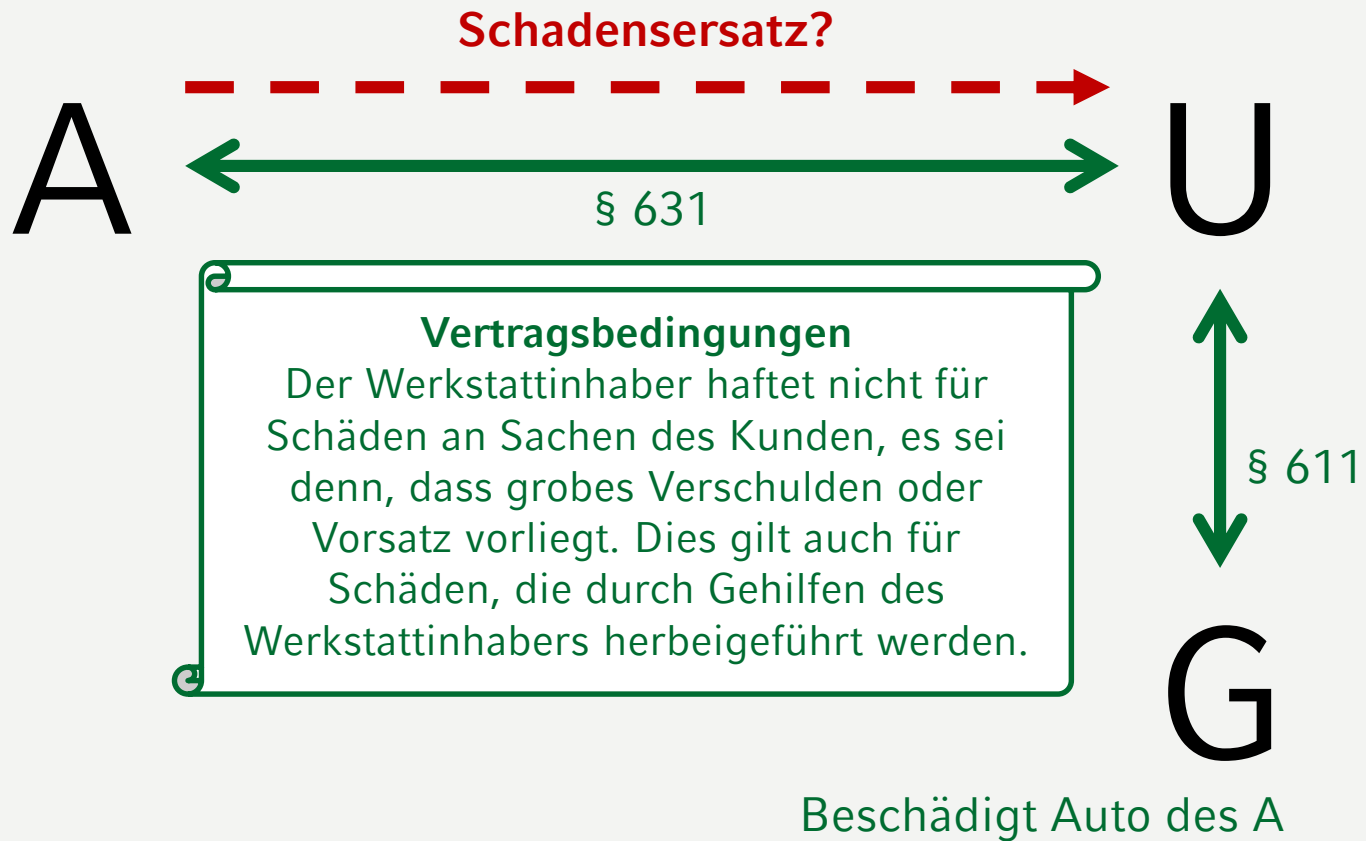
- Schuldner hat alles zur Leistung erforderliche getan; i.d.R. genügen Absondern und Angebot (§§ 294 f.)
- Gattungsschuld wird zur Stückschuld





Heutige Lernziele:

- Haftung für Verhalten Dritter
- Allgemeines Leistungsstörungenrecht
- AGB-Prüfung in der Klausur





Ausgangsfall: A → U auf Schadensersatz

A. §§ 280 I, 241 II

B. § 831



Ausgangsfall: A → U auf Schadensersatz

A. §§ 280 I, 241 II

- I. Schuldverhältnis
- II. Pflichtverletzung
- III. Vertretenmüssen
- IV. Zusätzliche Vss?
- V. Schaden + Kausalität

B. § 831



Ausgangsfall: A → U auf Schadensersatz

A. §§ 280 I, 241 II

I. Schuldverhältnis

Werkvertrag (+)

P: Allgemeines vs. Besonderes Leistungsstörungenrecht
§§ 633 ff. gelten nur für Mängel in der
Hauptleistungspflicht, vgl. § 634; dort kein § 280 allein

→ Problematik schon in Vorprüfung anzusprechen!

I. Pflichtverletzung

II. Vertretenmüssen

III. Zusätzliche Vss?

IV. Schaden + Kausalität



Ausgangsfall: A → U auf Schadensersatz

A. §§ 280 I, 241 II

- I. Anwendbarkeit des allg. Leistungsstörungenrechts (+)
Lackkratzer \neq Reifenwechsel
- II. Schuldverhältnis (+)
→ Vertragsschluss in Klausur zu prüfen, da in Sachverhalt nicht vorausgesetzt
- III. Pflichtverletzung
- IV. Vertretenmüssen
- V. Zusätzliche Vss?
- VI. Schaden + Kausalität



Ausgangsfall: A → U auf Schadensersatz

A. §§ 280 I, 241 II

- I. Anwendbarkeit des allg. Leistungsstörungsrechts (+)
- II. Schuldverhältnis (+)
- III. Pflichtverletzung
 1. Eigene Pflichtverletzung des U
 - Hauptleistungspflicht (= Reifenwechsel) nicht verletzt
 - Verletzung von Schutzpflichten, § 241 II?
 - Pflicht zum sorgfältigen Umgang mit Rechtsgütern des Geschäftspartners; insb. Schäden an ihnen zu verhindern
 - U selbst hat das Fahrzeug nicht beschädigt und auch G stets überwacht
 - Pflichtverletzung (-)
 2. Zurechnung einer Pflichtverletzung des G



Ausgangsfall: A → U auf Schadensersatz

A. §§ 280 I, 241 II

- I. Anwendbarkeit des allg. Leistungsstörungsrechts (+)
- II. Schuldverhältnis (+)
- III. Pflichtverletzung
 1. Eigene Pflichtverletzung des U (-)
 2. Zurechnung einer Pflichtverletzung des G
→ § 278 S. 1 BGB



Erfüllungsgehilfe, § 278 S. 1 BGB

Der Schuldner hat ein Verschulden seines gesetzlichen Vertreters und der Personen, deren er sich zur Erfüllung seiner Verbindlichkeit bedient, in gleichem Umfang zu vertreten wie eigenes Verschulden.

- Erfüllungsgehilfe = wer nach den tatsächlichen Gegebenheiten des Falles mit Wissen und Wollen des Schuldners bei der Erfüllung einer diesem obliegenden Verbindlichkeit als seine Hilfsperson tätig wird
- Rechtsfolge: Zurechnung von Verschulden und der zugrundeliegenden Pflichtverletzung



Ausgangsfall: A → U auf Schadensersatz

A. §§ 280 I, 241 II

- I. Anwendbarkeit des allg. Leistungsstörungsrechts (+)
- II. Schuldverhältnis (+)
- III. Pflichtverletzung
 1. Eigene Pflichtverletzung des U (-)
 2. Zurechnung einer Pflichtverletzung des G
 - a) Voraussetzungen des § 278 S. 1 (+)
G wurde auch iRd Schutzpflichten gegenüber den Sachen des Kunden eingesetzt
 - b) Pflichtverletzung des G
Verursachung eines Lackkratzers =
Verletzung Schutzpflicht



Ausgangsfall: A → U auf Schadensersatz

A. §§ 280 I, 241 II

- I. Anwendbarkeit des allg. Leistungsstörungenrechts (+)
- II. Schuldverhältnis (+)
- III. Pflichtverletzung
 1. Eigene Pflichtverletzung des U (-)
 2. Zurechnung einer Pflichtverletzung des G (+)
- IV. Vertretenmüssen des U
 1. Grundsatz des § 280 I 2
 2. Keine Exkulpation, wenn Zurechnung eines Vertretenmüssens des G gem. § 278 S. 1
G handelte fahrlässig, § 276 II
 3. Haftungsbeschränkung auf Vorsatz und grobes Verschulden durch „Vertragsbedingungen“?
→ AGB-Prüfung



AGB-Kontrolle in der Klausur – Aufbau

1. **Vorliegen allgemeiner Geschäftsbedingungen iSv § 305 I 1**
 - a) Für eine Vielzahl von Verträgen
Bei B2C reicht einmalige Verwendung, § 310 III Nr. 2
 - b) Vorformulierung
 - c) Stellen durch Verwender
Bei B2C gelten AGB als gestellt, § 310 III Nr. 1
 - d) Keine Individualvereinbarung iSv § 305 I 3
2. Einbeziehungskontrolle, § 305 II
3. Keine überraschende Klausel, § 305c
4. Inhaltskontrolle, §§ 307 ff.



AGB-Kontrolle in der Klausur – Aufbau

1. Vorliegen allgemeiner Geschäftsbedingungen iSv § 305 I 1
2. **Einbeziehungskontrolle**, § 305 II
 - a) Ausdrücklicher Hinweis, § 305 II Nr. 1 Alt. 1
 - b) Aushang reicht nur, wenn Hinweis unverhältnismäßig schwierig, § 305 II Nr. 1 Alt. 2
 - c) Zumutbare Möglichkeit der Kenntnisnahme, § 305 II Nr. 2
 - d) Einverständnis des Kunden (idR (+), schlüssige Erklärung)
 - e) Vorrang der Individualabrede, § 305b
3. Keine überraschende Klausel, § 305c
4. Inhaltskontrolle



AGB-Kontrolle in der Klausur – Aufbau

1. Vorliegen allgemeiner Geschäftsbedingungen iSv § 305 I 1
2. Einbeziehungskontrolle, § 305 II
3. Keine überraschende Klausel, § 305c
4. **Inhaltskontrolle**
 - a) Zulässigkeit der Inhaltskontrolle, § 307 III
 - b) Besondere Klauselverbote
 - (1) Klauselverbote ohne Wertungsmöglichkeit, § 309
 - (2) Klauselverbote mit Wertungsmöglichkeit, § 308
 - c) Generalklausel, § 307 I
 - (1) Wesentliche Grundgedanken, § 307 II Nr. 1
 - (2) Kardinalpflichten, § 307 II Nr. 2



Ausgangsfall: A → U auf Schadensersatz

A.IV.3 Haftungsbeschränkung durch „Vertragsbedingungen“

- a) Vorliegen allgemeiner Geschäftsbedingungen
 - (1) Für eine Vielzahl von Verträgen (+)
 - (2) Vorformulierung (+)
 - (3) Stellen durch Verwender (+)
 - (4) Keine Individualvereinbarung, § 305 I 3
- b) Einbeziehungskontrolle
- c) Keine überraschende Klausel
- d) Inhaltskontrolle



Ausgangsfall: A → U auf Schadensersatz

A.IV.3 Haftungsbeschränkung durch „Vertragsbedingungen“

- a) Vorliegen allgemeiner Geschäftsbedingungen, § 305 I (+)
- b) Einbeziehungskontrolle, § 305 II
 - (1) Ausdrücklicher Hinweis, § 305 II Nr. 1 Alt. 1 (+)
 - (2) Zumutbare Möglichkeit der Kenntnisnahme, § 305 II Nr. 2 (+)
 - (3) Einverständnis des Kunden (+), schlüssige Erklärung
 - (4) Vorrang Individualabrede – hier nichts vereinbart
- c) Keine überraschende Klausel
- d) Inhaltskontrolle



Ausgangsfall: A → U auf Schadensersatz

A.IV.3 Haftungsbeschränkung durch „Vertragsbedingungen“

- a) Vorliegen allgemeiner Geschäftsbedingungen (+)
- b) Einbeziehungskontrolle, § 305 II (+)
- c) Keine überraschende Klausel, § 305c
 - „Überrumpelungseffekt“?
 - Haftungsbeschränkungen sind durchaus üblich
- d) Inhaltskontrolle



Ausgangsfall: A → U auf Schadensersatz

A.IV.3 Haftungsbeschränkung durch „Vertragsbedingungen“

- a) Vorliegen allgemeiner Geschäftsbedingungen (+)
- b) Einbeziehungskontrolle, § 305 II (+)
- c) Keine überraschende Klausel, § 305 c (+)
- d) Inhaltskontrolle, §§ 307 ff.
 - (1) Zulässigkeit der Inhaltskontrolle, § 307 III
 - (2) Besondere Klauselverbote
 - i. Klauselverbote ohne Wertungsmöglichkeit, § 309
 - ii. Klauselverbote mit Wertungsmöglichkeit, § 308
 - (3) Generalklausel, § 307 I



Ausgangsfall: A → U auf Schadensersatz

A.IV.3 Haftungsbeschränkung durch „Vertragsbedingungen“

d) Inhaltskontrolle, §§ 307 ff.

- (1) Zulässigkeit der Inhaltskontrolle, § 307 III
Abweichen von gesetzlicher Vorschrift des § 276 (+)
- (2) Besondere Klauselverbote
 - i. Klauselverbote ohne Wertungsmöglichkeit, § 309
 - § 309 Nr. 7 lit. a?
(-), Klausel erfasst nur Schäden an Sachen des Kunden
 - § 309 Nr. 7 lit. b?
(-), Klausel schließt Haftung für grobes Verschulden oder Vorsatz gerade nicht aus
 - § 309 Nr. 8 b) aa) denkbar, wenn Klausel so ausgelegt wird, dass sie auch Mangelfolgeschäden an Sachen des Käufers erfasst
→ verwenderunfreundliche Auslegung
 - ii. Klauselverbote mit Wertungsmöglichkeit, § 308
hier nicht ersichtlich
- (3) Generalklausel, § 307 I



Ausgangsfall: A → U auf Schadensersatz

A.IV.3 Haftungsbeschränkung durch „Vertragsbedingungen“

d) Inhaltskontrolle, §§ 307 ff.

(1) Zulässigkeit der Inhaltskontrolle, § 307 III (+)

(2) Besondere Klauselverbote (-)

– § 309 Nr. 7 lit. a (-)

– § 309 Nr. 7 lit. b (-)

– (§ 309 Nr. 8 lit. b) aa) (+/-))

(3) Generalklausel, § 307 I

(1) Abweichen von wesentlichen Grundgedanken der abdingbaren Regelung, § 307 II Nr. 1?

(-), § 276 I 1 Hs. 2, § 278 lassen sogar Ausschluss für Vorsatz des Gehilfen zu

(2) Eingriff in Kardinalpflichten, § 307 II Nr. 2?

Schutzpflicht für Wagen wohl nicht von elementarer Bedeutung für Vertragszweck (aA vertretbar)



Ausgangsfall: A → U auf Schadensersatz

A.IV.3 Haftungsbeschränkung durch „Vertragsbedingungen“

d) Inhaltskontrolle, §§ 307 ff.

(1) Zulässigkeit der Inhaltskontrolle, § 307 III (+)

(2) Besondere Klauselverbote (-)

– § 309 Nr. 7 lit. a (-)

– § 309 Nr. 7 lit. b (-)

– i.Ü. nichts ersichtlich

(3) Generalklausel, § 307 I (-)

(1) Abweichen von wesentlichen Grundgedanken der abdingbaren Regelung, § 307 II Nr. 1 (-)

(2) Eingriff in Kardinalpflichten, § 307 II Nr. 2 (-)

e) ZwErg: Klausel hält AGB-Kontrolle stand



Ausgangsfall: A → U auf Schadensersatz

A. §§ 280 I, 241 II

- I. Anwendbarkeit des allg. Leistungsstörungenrechts (+)
- II. Schuldverhältnis (+)
- III. Pflichtverletzung (+)
 1. Eigene Pflichtverletzung des U (-)
 2. Zurechnung einer Pflichtverletzung des G (+)
- IV. Vertretenmüssen des U
 1. Grundsatz des § 280 I 2
 2. Keine Exkulpation, wenn Zurechnung eines Vertretenmüssens des G gem. § 278 S. 1
G handelte fahrlässig, § 276 II
 3. Aber: Haftungsbeschränkung auf Vorsatz und grobes Verschulden (+)
 4. ZwErg: Vertretenmüssen (-)
- V. Erg: Anspruch aus § 280 (-)



Ausgangsfall: A → U auf Schadensersatz

A. §§ 280 I, 241 II (-)

B. § 831



§ 831 BGB

1. **Verrichtungsgehilfe**

= wer weisungsgebunden im Einflussbereich des Geschäftsherrn tätig wird

2. Tatbestandsmäßige und rechtswidrige unerlaubte Handlung des Verrichtungsgehilfen (vgl. § 823 ff.)

3. **In Ausübung der Verrichtung**

= nicht nur bei Gelegenheit der Verrichtung

4. **Keine Exkulpation nach § 831 I S. 2**

5. Schaden



Ausgangsfall: A → U auf Schadensersatz

A. §§ 280 I, 241 II (-)

B. § 831

§ 831 ↔ § 278

- § 831 ist Anspruchsgrundlage, § 278 wird inzident geprüft
- § 831 vermutet eigenes Verschulden, § 278 rechnet fremdes Verschulden zu
- Verrichtungsgehilfen (§ 831) sind abhängig, Erfüllungsgehilfen (§ 278) nicht
- Exkulpation bei § 831 möglich, bei § 278 nicht



Ausgangsfall: A → U auf Schadensersatz

A. §§ 280 I, 241 II (-)

B. § 831

I. Tatbestand des § 831 I 1

1. Verrichtungsgehilfe

2. Tatbestandsmäßige und rechtswidrige unerlaubte Handlung des Verrichtungsgehilfen

3. Handeln in Ausführung der Verrichtung

II. Haftungsbeschränkung

III. Exkulpation, § 831 I 2



Ausgangsfall: A → U auf Schadensersatz

A. §§ 280 I, 241 II (-)

B. § 831

I. Tatbestand des § 831 I 1 (+)

II. Haftungsbeschränkung

- auch für deliktsrechtliche Ansprüche?
- AGB objektiv auszulegen – hier (+)
- Klausel auch wirksam, s.o.

III. Exkulpation, § 831 I 2



Ausgangsfall: A → U auf Schadensersatz

A. §§ 280 I, 241 II (-)

B. § 831

I. Tatbestand des § 831 I 1 (+)

II. Haftungsbeschränkung (+)

Haftung nur für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit,
also hier keine Haftung

III. Darüber hinaus: Exkulpation, § 831 I 2

→ Nachweis sorgfältiger Auswahl und Überwachung des
Verrichtungsgehilfen durch Geschäftsherrn hier (+)

IV. Ergebnis: Anspruch (-)



Ausgangsfall: A → U auf Schadensersatz (-)

A. §§ 280 I, 241 II (-)

B. § 831 (-)



Abwandlung

Die Klausel lautet:

„Der Werkstattinhaber haftet nicht für Schäden des Kunden. Dies gilt auch für Schäden, die durch Gehilfen des Werkstattinhabers herbeigeführt werden.“

Was ändert sich?

- In der Prüfung darf auf die Punkte gesprungen werden, die wegen der geänderten Sachlage anders zu behandeln sind
- Gliederung nach Anspruchsgrundlagen



Abwandlung

A. §§ 280 I, 241 II

- Änderung der Klauselformulierung kann nur für Inhaltskontrolle relevant sein
- Klausel hält sich nicht mehr in Grenzen der §§ 309 Nr. 7 lit. a, b
- P: Kann Klausel aufrechterhalten werden, soweit mit ihr die Haftung für leichte Fahrlässigkeit aufrechterhalten wird?
- **Geltungserhaltende Reduktion** ist bei §§ 307 ff. BGB **unzulässig!**
- Ausnahme: **Blue-Pencil-Test** – hier aber (-)
- Klausel also unwirksam, steht Haftung des U nicht entgegen

B. § 831



Abwandlung

A. §§ 280 I, 241 II (+)

B. § 831 (-)

- Auch hier steht Klausel nicht der Haftung entgegen
- Aber Haftungsausschluss infolge § 831 I 1, s.o.

C. Ergebnis: Anspruch (nur) aus §§ 280 I, 241 II



Heute gelernt:

- Aufbau der AGB-Prüfung in der Klausur
- Anwendbarkeit des allgemeinen Leistungsstörungenrechts
- Haftung für Verhalten Dritter - § 278 und § 831

Nächstes Mal:

- Anfechtung der ausgeübten Innenvollmacht